

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Janny Richter**,
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 28. Juni 1919. Nr. 268.

Kartoffelabgabe. Montag, Dienstag und Mittwoch werden im 12. und 21. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes U der Kartoffelkarte samt allen vorhergehenden Abschnitten abgegeben.

Fettabgabe. In der kommenden Woche wird wieder die volle Wochenfettquote ausgegeben, so dass auch die Fettkartenabschnitte für nichttrayoniertes Fett zur Einlösung gelangen. Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden pro Person 12 dkg Salzspeck gegen Abtrennung des R Abschnittes Nr 146 und der beiden Abschnitte Nr 146 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte, sowie Durchlochung der Ziffer 50 der gelben Mehlbezugskarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugskarten erhalten das Fett bei der Verschleissstelle ihrer Organisation. 12 dkg Speck kosten K 3.60.

Auflassung der Mehlkarten. Vom 6. Juli angefangen werden die bisherigen Mehl- und Störbrotmehlkarten in Wien und in den in das Wiener Brot- und Mehlkartensystem einbezogenen Gemeinden nicht mehr ausgegeben. Der Mehlbezug erfolgt nur auf Grund der gelben, bzw. lila (bisher blauen) Mehlbezugskarte. Auf Grund dieser Mehlbezugskarte wird die entsprechende Wochenmenge Kochmehl, derzeit für jede Person 500 g, ausgegeben. Für den Bezug der der Brotration entsprechenden Mehlmenge erhalten die hiezu berechtigten Personen eine besondere Mehlbezugskarte mit dem roten Aufdruck „Störbrotmehl“. Die Wochenmenge dieses als Brotersatz dienenden Mehles beträgt derzeit für jede Person 1 1/8 kg. Bei Ausgabe des Mehles wird der jeweilige Wochenabschnitt vom Verkäufer abgetrennt oder durchlocht. In den neuen Mehlbezugskarten wird die gebührende Wochenmenge wie auf den Brotbezugskarten durch Abtrennung der über die berechnete Bezugsmenge hinausgehenden Zahlenabschnitte ersichtlich gemacht. Haushalte mit über 20 Mehlbezugsberechtigten Personen erhalten die Mehlbezugskarte wie bisher die Brotbezugskarte nicht mehr bei der zuständigen Brotkommission, sondern in der Konskriptionsabteilung des zuständigen Bezirksamtes. Die Einziehung der Mehlkartenabschnitte für Mehlspeisen in den Gast- und Schankgewerbebetrieben hat zu entfallen.

Die neuen Brotbezugskarten. Die mit 6. Juli in Kraft tretenden neuen Brotbezugskarten sind wie die bisherigen Brotbezugskarten auf wöchentlich je einen Laib für die Person, auf 1 1/2 Laibe für die Schwerarbeiter ausgestellt. Die Brotverkäufer sind wie bisher verpflichtet, für jeden angegebenen Laib 1/2 Laib als Zubusse abzugeben.

Kleinhandelspreise für Geflügel. Ab 30. Juni gelten folgenden Kleinhandelspreise für Geflügel: 1. Steirischer Mastgeflügel: Goulard tot 46 Kronen, lebend 38 K per kg, Suppenhühner tot 38 K, lebend 24 K per kg. 2. Jugoslawisches Geflügel: Fettgänse und Fettenten 49 K, Hühner und Indians 38 K pro kg, Backhühner lebend 20 bis 22 K, Brathühner lebend 24 bis 26 K und Extrahühner lebend 30 bis 38 K pro Stück.

Abgabe von Bohnen. In der kommenden Woche gelangen die vom Volksnährungsamt für die Verbrauchsperiode vom 1. bis 14. Juli zur Verfügung gestellten Bohnen bei den städtischen Mehlabgabestellen und Konsumentenorganisationen zur Ausgabe. Der Verkauf beginnt am 1. Juli. An alle mehlbezugsberechtigten Verbraucher wird 1/2 kg Bohnen pro Kopf abgegeben. Der Bezug erfolgt gegen

Verweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung der Ziffer 40 des amtlichen Einkaufscheines ohne Unterschied der Farbe. Detailverkaufspreis K 6.- für 1 kg Bohnen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 28. Juni 1919. Nr. 269.

Eine Mahnung an die Milchverschleissner. Mit Rücksicht auf die vielseitigen Klagen aus dem Kreise der Verbraucher hat sich die städtische Milchversorgungsstelle veranlasst gesehen, nachstehenden Erlass an alle Molkereien und Milchhändler zu richten: Laut Kundmachung des Magistrates vom Jänner 1917 sind die Inhaber oder Leiter der Milchverkaufsstellen zur Führung einer Kundenliste verpflichtet und ist jede Änderung durch Abfall oder Zuwachs in dieser Liste sofort ersichtlich zu machen. Weiters wurde angeordnet, dass in jeder Milchabgabestelle täglich durch deutlich lesbaren Anschlag die zur Ausgabe gelangende gesamte Frischmilchmenge, sowie die Kopfquote für Kinder bis zum 1. Jahre und Kraake ersichtlich zu machen ist. In der letzten Zeit wurde wiederholt festgestellt, dass diesen Aufträgen nicht immer entsprochen und dadurch die Kontrolle des Milchverkehrs ungemein erschwert wird. Die Milchversorgungsstelle bringt daher diese Bestimmungen neuerlich in Erinnerung und vermerkt, dass die Durchführung dieser Aufträge von den zuständigen Organen auf das genaueste überwacht und jede Unterlassung im Sinne der erlassenen Strafbestimmungen strengstens geahndet wird.

Terminverlängerung. Der Termin für die Einreichung von Gesuchen um die in den städtischen Versorgungsanstalten zur Besetzung kommandierender Sekundärarztstellen wird bis 15. Juli verlängert.

Warnung! Auf den Namen der StR. Müller treibt sich in Wien ein Schwindler herum, welcher besonders bei Geschäftsleuten und Firmen die verschiedensten Betrügereien auf den Namen „des Stadtrates Müller“ versucht und auch gelegentlich Diebstähle verübt. Die Herren Josef und Rudolf Müller ersuchen diesen Schwindler sofort verhaften zu lassen.

Aus dem Rathaus. Montag und Mittwoch der kommenden Woche hält der Stadtrat Sitzungen ab. - Der Gemeinderat tritt Mittwoch um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Bohnen für Mindestbemittelte. In der 107. Fürsorgewoche wird an alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Bohnen pro Person zum Preis von 70 h gegen Abtrennung des Abschnittes 22 in den Geschäften der Grossschlächtereier abgegeben. Soweit der Vorrat reicht, wird auch noch Vestenthaler Suppenmasse (1/8 kg zum Preis von 80 h) abgegeben werden. Abgabetermine: A bis F Montag, 30. Juni, G bis K Mittwoch, 2. Juli, L bis R Donnerstag, 3. und S bis Z Samstag 5. Juli. An die unentgeltlichen Speisestellen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 115. Woche Maisgriess oder Maismehl, 1/8 kg pro Person abgegeben.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 30. Juni bis 5. Juli gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 36 der blauen oder gelben Mehlbezugskarte. Der Preis ist unverändert.

Wieder ein Fall von Hundswut. Am 15. d.M. wurde an die tierärztliche Hochschule ein gelbbrauner Rattlerbasterd, Weibchen, mit langen Ohren und langer Rute zur Vertilgung überbracht. Der Ueberbringer entfernte sich vor der ordnungsmässigen Uebernahme des Hundes, bei dem später Wut festgestellt wurde. Da es nicht ausgeschlossen ist, dass Menschen oder Tiere

von demselben gebissen worden sind, wird, um die erforderlichen Massnahmen durchführen zu können, der Eigentümer des Hundes aufgefordert, seine Adresse dem Magistrat Wien - Städtisches Veterinäramt I. Bezirk Neues Amtshaus, Ebendorferstrasse 1 bekanntzugeben. Dorthin wären auch sonstige zweckdienliche Mitteilungen zu richten.

Sauerkraut wird in der kommenden Woche ohne Einschränkung der Menge und ohne Ausweiskarte abgegeben.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung, am 28. Juni 1919.

Vorsitzender BGM. **Reumann** eröffnet die Sitzung.

Schriftführer GR. **Jenschik** verliest den Minlauf.

GR. **Dr. Schwarz-Hiller** verweist in einer Anfrage auf die Verwahr-

Jugend und fragt den Bürgermeister, ob er nicht geneigt wäre, durch Vorgesprache bei den zuständigen Staatsstellen dahin zu wirken, dass falls die Beschliessung eines Fürsorgegesetzes für ganz Deutschösterreich gegenwärtig nicht möglich sein sollte, die Stadt Wien die gesetzmässige Ermächtigung erhalte, für ihren Bereich ein selbstständiges Fürsorgegesetz zu erlassen.

BGM. **Reumann** verliest einen ausführlichen Magistratsbericht, in dem darauf hingewiesen wird, dass der Entwurf des Fürsorgeerziehungsgesetzes wichtige Bestimmungen auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes enthält, dessen Einheitlichkeit für ganz Deutschösterreich unter allen Umständen gewahrt bleiben soll. Im Uebrigen kann das Fürsorgeerziehungsgesetz, wenn es auch sofort Gesetz wird, die Erziehungsnot der Jugend nicht ändern, wenn nicht gleichzeitig die zu seiner Durchführung notwendigen geschlossenen Anstalten und offenen Einrichtungen vorhanden sind. Die Bezirksjugendämter und die freiwillige Jugendfürsorge werden an absehbarer Zeit auch ohne das Fürsorgegesetz mit Hilfe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in der Lage sein, wirkungsvoller als bisher der Verwahrlosung vorzubeugen und sie zu bekämpfen, wenn die Anstalten der Stadt Wien und des Staates ihre Tore zur Aufnahme der bedauerlichen Opfer der allgemeinen Kriegsverwahrlosung öffnen werden. Im Jugendheim Oberhollabrunn wird dies nach Abschluss der Ferienfürsorge, ungefähr im Oktober d.J., geschehen. In der Zwischenzeit werden auch schon jetzt einige Gruppen von Fürsorgeerziehungszöglingen dort aufgenommen, soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ferienbetriebes möglich ist. Abgesehen von diesen Notbehelfen muss die baldigste Gesetzgebung des Fürsorgeerziehungsgesetzesentwurfes von der Staatsregierung dringendst gefordert werden, um endlich eine ausreichende Grundlage für die Fürsorgeerziehung zu erlangen. Der Bürgermeister bemerkt hierzu; Ich füge nur bei, dass der Kampf gegen die Verwahrlosung der Jugend solange keine Entsprechenden Erfolge aufweisen wird, solange die gegenwärtigen Verhältnisse nicht eine gründliche Änderung erfahren.

GR. **Dr. Udehnel** interpelliert die Beschlussfassung eines im provisorischen Gemeinderate angebrachten Antrages bezüglich der Regelung der Bezirksgrenze zwischen Hernals und Gersthof.

BGM. **Reumann:** Die Bezirksvertretung Hernals hat sich seinerzeit dahin geäussert, dass sie mit der Grenzregulierung in der Scheibenbergstrasse nur dann einverstanden ist, wenn gleichzeitig eine Grenzänderung am Gürtel durchgeführt wird. Die Bezirksvertretung Währing hat demnach Verhandlungen mit der Vertretung des 17. Bezirkes eingeleitet und es dürfte demnächst zu einer Einigung im Gegenstande kommen. Ich hoffe, dass dieser Streit bald ein Ende finden wird.

GR. **Feldmann** interpelliert wegen der Abänderung der §§ 115 b und c der Gewerbeordnung im Interesse der Entwicklung der Meisterkrankenkassen

BGM. **Reumann:** Die bestehenden Meisterkrankenkassen sind allerdings in der Lage die wöchentlichen Kranken- und Unterstützungsbeiträge über K 28

dadurch zu erhöhen, dass sie daneben auch einen Beitrag zu den Kosten ärztlicher Hilfe und der Medikamente gewähren. Diese Einführung kann im Wege einer grossen Statutenänderung getroffen werden, da die Krankenkasse in ihrem Statut eine Bestimmung aufgenommen haben, nach der jede Änderung der Kassenleistung und der Mitgliedsbeiträge als Statutenänderung zu behandeln ist, ferner weil nach der herrschenden Praxis die Gewährung eines solchen Beitrages zur teilweisen Deckung der Art- und Medikamentenkosten nicht als Krankengeld im Sinne des § 115 G.O. angesehen wird. Eine Erhöhung des Begräbnisgeldes kann im Wege der Gesetzgebung erreicht werden.

GR. Feldmann beantragt, die Gemeinde wolle beschliessen gegen die beabsichtigte Eingliederung des deutschen Böhmerwaldes in die tschecho-slowakische Republik mit aller Entschiedenheit zu protestieren und die Zuweisung dieses Gebietes an Deutsch-Oesterreich zu verlangen. Die Staatsregierung ist aufzufordern auf dieser Zuweisung unter allen Umständen zu bestehen. Für den Fall der Angliederung des Böhmerwaldes an Deutsch-Oesterreich wird der Stadtrat beauftragt, alles vorzukehren, wodurch die Erschliessung des Böhmerwaldes als Versorgungsgebiet für die Stadt Wien gesichert und gefördert werden kann. - Der Antrag wird an den Stadtrat geleitet.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung, die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Hauptvoranschlag, eingegangen.

Gruppe VI. Öffentliche Arbeiten.

GR. Kerner beantragt die Neupflasterung der Pötzleinsdorferstrasse zwischen der Julienstasse und Neustift am Walde.

GR. Hermann Fischer wünscht, dass jener Teil der Walchenstrasse zwischen der Vorgarten- und Innstrasse beim Kohlenhof bisher abgesperrt war, wieder eröffnet werde. Ferner beantragt er die Reitalleen auf der Ringsstrasse und der Hauptallee in Gehwege umzugestalten.

GR. Huber regt an, jene makadamisierten Strassen, die in den Vororten wenig befahren werden, versuchsweise auf eine Breite von 5 m herabzusetzen und zu beiden Seiten wegen Auffangens des Staubes Grasflächen anzulegen.

GR. Grünbeck urgiert die Strassenerweiterung bei der Veronikagasse und Hernalser Hauptstrasse und beantragt zu diesem Zweck neue Verhandlungen mit dem Hauseigentümer aufzunehmen, beantragt einen Strassenzug durch die Schumanngasse zum Schafberg und ferner ehest Verhandlungen mit der Ziegelwerke A.-G. wegen ihrer Liegenschaft aufzunehmen.

Frau GR. Marie Wielsch regt an, versuchsweise aus dem Inundationsgebiet der Donau Sand zu gewinnen.

GR. Kürber beantragt, die Abfuhr von Kehricht auf eigenen Wagen der Strassenbahn und auf einem ausserhalb der Stadtgrenze eingerichteten Raume besorgen zu lassen.

GR. Kerner regt an, dass der Magistrat bis zu der Zeit, wo eine endgültige Regelung der Kehrichtabfuhr erfolgt, dem System Dworak nähertritt und sich mit dem Inhaber in Verbindung setzt.

GR. Doppler wünscht, dass die Arbeiten für die Regelung der Kehrichtabfuhrfrage energisch in Angriff genommen werden.

GR. Adele Bartisal regt an, dass in jedem Haus eine Kehrichtkiste zur Aufstellung gelangt und dass die ganzen Gemüßeabfälle zwecks Verwertung als Schweinemastfutter in eigene Behälter in jedem Hause gegeben werden. Schliesslich gibt die Rednerin zur Verminderung der Staubplage den Wunsch Ausdruck dass sich die Gemeinde Wien für das Koprothorsystem interessieren möge.

GR. Isar bittet den Bürgermeister, die erste sich bietende Gelegenheit dazu zu benützen, um seinen Einfluss geltend zu machen, dass die Stadtbahn wieder eröffnet und auf dem Gebiete des Verkehrswezens nichts verabsäumt werde, um dasselbe zweckentsprechend auszugestalten und die Verkehrsmittel in jenen Stand zu setzen, der eine schnelle Beförderung von der Peripherie in die Stadt oder von einem Punkte zum anderen derselben ermöglicht.

GR. Huber beantragt, die Ersetzung des Basaltplasters vor dem Schöbunnerechlosse durch Asphaltplaster.

GR. Broczyner beantragt die Revolverung und Kanalisierung eines oiles der Goldschlagstrasse.

GR. Kerner urgiert die Vollendung des Planes des Baues der Strassenbahnlinie durch die Krottenbachstrasse.

GR. Lötsch bedauert, dass die Verbindungsbrücke zwischen dem XX. und XXI. Bezirk noch immer eigentlich ein Verkehrshindernis bilde und wünscht dass die Vollendung der Ueberbrückung des Donaustromes dortselbst.

GR. Doppler regt die Schaffung einer Erholungs- und Spielstätte auf den Gründen der Ziegelfabrik in Hernalz an

Frau GR. Wielsch beantragt die Aufstellung von Baumreihen und Errichtung von Sitzgelegenheiten längs der Schüttelstrasse bis zum Haus Nr.101 Weiters ersucht sie um Ausgestaltung des Donaukanalufers ähnlich wie beim Wienufer.

GR. Huber beantragt die endliche Parkanlage auf dem ehemaligen Schmelzerfriedhof, nach dem bereits jetzt fertigen Projekt, ferner die Demolierung des Breitenseer Ziegelofens, die Errichtung einer Gartenanlage auf diesen Gründen zur Herstellung einer direkten Verbindung von Hietzing nach Ottakring.

GR. Doppler verlangt die Jägerstrasse bis zu der Martinstrasse und dem Gürtel mit Baumreihen zu versehen.

Vize-Bgm. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Reismann ersucht den Bau des Liesingtal-Sammelkanals womöglich zu fördern.

Vize-Bgm. Hoss wünscht, dass die im Voranschlag eingesetzte Post für den Sammelkanal im 21. Bezirk tatsächlich in Verwendung kommt. Er teilt mit, dass der Bau der Franz Josefsbrücke eingestellt ist, weil die Unternehmer mit Riesenforderungen an die Donau-Regulierungskommission herangetreten sind. Letztere kann aber nicht einberufen werden, da das Land seine Delegierten noch nicht nominiert hat. Er wendet sich an den Bürgermeister und bittet ihn im Landhaus das Nötige zu Ernennung dieser Delegierten veranlassen zu wollen.

GR. Dr. Hodina erbittet noch im heurigen Verwaltungsjahr und mit tunlicher Beschleunigung die Umlegung des Währinger-Bach-Kanal vorzunehmen.

GR. Schmutzer regt an, bei den Hauptkanälen für die zu erbauenden Kriegswohnhäuser auf der Schmelz wegen Hochwassergefahr nur grasse Kanalprofile anzulegen.

Gruppe VII - Markt- und Approvisionierungswezen.

GR. Hies bespricht die Mängel der offenen Märkte, führt darüber Beschwerde, dass der Erlass betreffend die Anschreibung der Preise teilweise nicht mehr eingehalten wird, und dass ein Teil der Lebensmittelhändler und auch der Markthändler ein protziges Benehmen gegenüber der Bevölkerung, die an der Grenze ihrer Geduld angelangt ist, zur Schau trägt, und bittet schliesslich den Markt am Eugeplatz im 10. Bezirke entsprechend auszugestalten.

GR. Gabriele Walter stellt den Antrag: Jene Frauen, welche sich im freiwilligen Ernährungsdienste bewährten, sind nunmehr als Angestellte der Gemeinde dauernd im Ernährungsdienst zu nehmen unter der Voraussetzung dass sie sich die notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse aneignen.

GR. Wawerka beantragt die eheste Durchführung der Regulierung des Marktes auf dem Eugeplatz im 10. Bezirke.

GR. Doppler stellt den Antrag: Der Markt am Dornplatz im 17. Bezirke ist ehestens in einer den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Weise auszugestalten und in äusseren Bezirksteile in der Nähe der Vorortbahn ein Markt zu errichten.

Vorsitzender Vize-Bgm. Emmerling: Ich habe Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse am Markte am Dornplatz zu studieren, sie sind wirklich trostlos und ich habe Auftrag erteilt, dass Abhilfe geschaffen wird.

GR. Doppler verlangt, dass endlich den Uebelständen in der Grossmarkthalle die gebührende Aufmerksamkeit erwiesen und diese Markthalle von den Szenen befreit wird, die unerhört sind und nicht länger geduldet werden dürfen.

GR. Adele Bartisal beantragt die Errichtung eines Marktes im Bezirksteile Baumgarten im XII. Bezirk.

GR. Karl Schmid beantragt im Gebiete von Döbling in der „Erim“ Märkte zu errichten und den Lieferungszwang für diese Märkte zu sichern.

GR. Linder stellt den Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, sofort Erhebungen und Vorstudien zu pflegen und Vorschläge zur Kommunalisierung der Milchindustrie, des Brotes und Fleisches zu unterbreiten, damit nach der Fertigstellung der Socialisierungs- und Enteignungsgesetze durch die Nationalversammlung sofort an die Kommunalisierung vorgenannter Lebensmittelbetriebe geschritten werden kann. Er wird ausserdem beauftragt, einen grossangelegten Organisationsplan zur Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderate vorzulegen.

Gruppe VIII (Sanitätswezen).

GR. Karasek beantragt die Erhöhung der Wohnungsdesinfektionsgebühren um 150 % und sie für die Reinigung der Hadern und Haare per kg mit 30 K zu berechnen.

GR. Körber wünscht dem notleidenden Kinderspital in der Augartenstrasse Hilfe zu bringen.

GR. Doppler verlangt die Besserstellung der Sanitätsmannschaft.

GR. Karasek beantragt die Auswechselung des Klinker- in ein Sägespähpflaster in der Sanitätsstation 20.

GR. Schnitzler stellt einige Anträge wegen Ausgestaltung und wegen Erweiterung des neuen Simmeringer Friedhofes.

GR. Alt beantragt die Auflassung des Matzleinsdorfer Friedhofes und die Umwandlung desselben in eine Gartenanlage.

GR. Schmutzer verlangt die Entwässerung des Baumgartner Friedhofes.

GR. Schmitz spricht gegen die Post Vorauslagen für die Errichtung eines Krematoriums 50.000 Kronen, zerstreut bei dieser Gelegenheit die sanitären und sonstigen Bedenken, die gegen die Erbsbestattung erhoben werden und von den Einwendungen gegen die Leichenverbrennung. Im Namen des Klubs erklärte er für diesen Posten nicht stimmen zu wollen und beantragt die Streichung dieser Post.

GR. Dr. Plaschkes beantragt die Eröffnung des Volksbades in der Vereinsgasse zu bestimmten Zeiten an Wochentagen. Desgleichen verlangt er dass mit der Direktion des Dianabades ein Einvernehmen gepflogen werde, damit die volkstümliche Abteilung dieses Bades geöffnet wird und betont, dass nur stange Kohlen an dieses Bad abgegeben werden sollen, als dieses Volksbad offen ist. Er beantragt auch die Errichtung eines städtischen Volksbades im Praterviertel in die Wege zu leiten und das städtische Donaubad am Erzherzog Karl Platz wieder seinem eigentlichen Zwecke zuzuführen.

GR. Hofbauer beantragt die Ausgestaltung des Kieferfriedbades in der Wie in ein Freibad für Erwachsene.

GR. Angele beantragt die Wiedererrichtung der gemeinverpflichteten Bäderkommission und eine bessere Belieferung der Badeanstalten mit Kohle.

VB. Emmerling bemerkt, dass die Bäderkommission ex praesidio einberufen werden wird.

GR. Jenschik wirft der früheren Majorität arge Vernachlässigung auf dem Gebiete der Errichtung von Bädern vor und beantragt die in der Als-Nile befindliche, derzeit geschlossene Badeanstalt sei von der Gemeinde Wien zu übernehmen und als Kinderbad einzurichten. Er beantragt ferner die Abänderung des Namens des Kaiser Franz Josefsbades im 17. Bezirke in Hernalser Volksbad.

GR. Karl Schmid beantragt, dass in Kuglerpark projektierte Volksbad als Vollbad herzurichten.

GR. Reismann bittet, wenn günstige Verhältnisse eintreten, sofort daran zu schreiten, ein Volksbad in Meidling zu errichten.

GR. Prohaska stellt den Antrag: Auf dem Wiedener Gürtel in nächster Nähe des Süd- und Ostbahnhofes ist ein modernes Schwimm- und Heilbad zu errichten. Das Stadtbauamt wird beauftragt, mit thunlichster Beschleunigung einen Preiswettbewerb für deutsch-österreichische Architekten aufzutreiben, damit die Gemeinde ehestens in den Besitz geeigneter Entwürfe gelangt.

GR. Wimmer beantragt, dass alle städtischen Bäder den Krankenkassen-Mitgliedern ebenso wie bereits die Privathäuser gegen Anweisungen der Krankenkasse zugänglich gemacht werden. Die Anweisungen werden dann mit den Bädern von der Krankenkasse monatlich oder vierteljährlich verrechnet.

GR. Hofbauer macht den Vorschlag, dass der Wienfluss ~~xxxxx~~ im XIII. Bezirk an einigen Stellen für Kinderbäder hergerichtet wird, dass das bereits bestehende Kinderbad ausgestaltet, und dass bei der Stauanlage ein Freibad für Erwachsene errichtet wird.

GR. Josef Müller beantragt für die Errichtung eines Volksbades in Meidling einen grösseren Betrag in den Voranschlag einzusetzen.

GR. Alt beantragt, dem Magistrat zu beauftragen, das wegen Kohlenmangel gegenwärtig nicht betriebene Bad im 10. Bezirk Gudrunstrasse 5 in eigener Regie zu betreiben und die nötigen Verhandlungen sofort einzuleiten.

GR. Biber tritt den Ausführungen des GR. Jenschik entgegen und betont, dass von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung 24 Badeanstalten errichtet, eine grosse Anzahl gründlich ausgestaltet und verbessert wurden, wobei während der letzten 5 Jahre nichts gemacht werden konnte und stellt den Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, in Angelegenheit der Erbauung eines Bades in Favoriten unverzüglich Anträge wegen Ankaufes eines geeigneten Grundstückes in Vorlage zu bringen und die Herstellung der Bauarbeiten derart zu betreiben, dass die Erdarbeiten noch in diesem Jahre als Notstandsarbeit zur Durchführung gelangen können.

Referent StR. Breitner: Es war uns gewiss höchst unangenehm, Posten für Volksbäder streichen zu müssen. Wir haben im Voranschlag für Bauten einen Betrag von 210 Millionen eingestellt, während das Gesamterfordernis für die Gebahrung im Jahre 1913 237 Millionen betragen hat. Die Post für das Bad im X. Bezirk ist eingesetzt und wird durchgeführt werden. Wenn wir kein Baumaterial haben dürfen Sie das Niemandem zur Last schreiben. Ich bin dafür, dass alle Anträge an den Stadtrat mit der dringenden Aufforderung geleitet werden, insbesondere bei den Bädern zu trachten, im Laufe des Jahres irgendwie die Mittel zu beschaffen und die Bezirke, welche noch kein Volksbad haben, mit einem solchen auszustatten. Ich bitte aber, nicht an und für sich das Defizit zu erhöhen. Es wird alles geschehen, was im Bereiche der Möglichkeit liegt.

GR. Grünfeld stellt den Antrag, die Gemeinde möge sich mit den in Betracht kommenden Körperschaften in Verbindung setzen, damit das mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfende Leopoldstädter Kinderspital in seinem Bestande nicht gefährdet werde.

GR. Dr. Grünbock weist darauf hin, dass die finanziellen Schwierigkeiten dieses Spitals auch in der bürokratischen Betriebsführung liegen. Die Beträge, die vom Staate und Lande seit Monaten zugesagt sind, ~~waxd~~ sind bis heute nicht ausgezahlt worden.

GR. Dr. Grün weist darauf hin, dass in Wien 9500 Spitalsbetten für allgemeine Krankheiten und nur 2000 Spitalsbetten für Tuberkulose zur Verfügung stehen und dass auf 10.000 Einwohner 44 Betten entfallen. Er wünscht, den Einfluss der Gemeinde dahin, eine mögliche Vermehrung der Spitalsbetten im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Kompetenzen durchzuführen.

GR. Dr. Haas ersucht, der Bürgermeister möge sich dafür einsetzen, dass das Flüchtlingslager in Steinklamm von der Gemeinde in den Dienst der Tuberkulosenbekämpfung gestellt wird und dass die beabsichtigte Einstellung von 500 Betten ehestens aktiviert wird.

Bgm. Reumann bemerkt, dass er den dringendsten Wunsch hat, die Angelegenheit Steinklamm zu realisieren, er weist aber auf die Schwierigkeiten hin, die bestehen. Es handelt sich nicht allein um die Aufstellung der 500 Betten, sondern es handelt sich auch um die Betriebskosten die sich auf 22 bis 24 K pro Patienten stellen werden. Es muss darüber Klarheit geschaffen werden, ob die gewaltigen Lasten aufgebracht werden. Die Angelegenheit wird genau geprüft werden und was dringend wünschenswert wäre, soll durchgeführt werden, wenn auch nicht vergessen werden darf, dass die Möglichkeit in den gegenwärtigen Verhältnissen sehr gering ist.

GR. Gabriele Walter beantragt, der Gemeinderat möge an den massgebenden Stellen dahin wirken, dass ein Verbot für das Austragen von Zeitungen u.dgl. durch schulpflichtige Kinder erlassen wird.

GR. Rotter beantragt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt bei der Kochgasse oder Feldgasse, die Umwandlung der Bedürfnisanstalt Ecke Josefstädter- und Amerspergstrasse, sowie die Umwandlung der am Kaiser Ferdinandsplatz aufgestellten Anstalt, die ein Verkehrshindernis bildet in eine unterirdische und die Ausgestaltung der Bedürfnisanstalt am Börsepalatz nach dem Sinne Pez.

GR. Doppler verlangt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt Ecke Gürtel- und ~~St.~~ Jürgerstrasse im 17. Bezirk, ferner eine in der Nähe der Hernalser Strassenbahnrampe und in Dornbach bei der ehemaligen Strassenbahn-Endstation (Gastwirtschaft Morawek).

Gruppe IX - Armen- und Wohlfahrtspflege.

GR. Suchanek regt eine Erhöhung der Platzgebühren auf den Plakstandplätzen an.

GR. Worster spricht dagegen, weil das Fuhrwerk heute kein Luxusbetrieb, sondern ein Verkehrsbedürfnis ist und so wie so schon von schweren Lasten betroffen wird. Er verspricht sich von einer Erhöhung dieser Abgabe keinen besonderen Erfolg, da ohnehin aus Mangel an Futter einerseits, andererseits aus Mangel an Benzin, die Standplätze schlecht besetzt sind. Auch ist von einer Erhöhung der Platzreinigunggebühren abzusehen. Schliesslich wendet er sich an den Bürgermeister mit der Bitte, Schritte zu unternehmen, dass baldigst und ausreichend Benzin nach Wien kommt.

Frau GR. Hötzel verlangt, dass die Lernmittel an sämtliche Schulkinder unentgeltlich abgegeben werden und beantragt, einen dementsprechenden Betrag in das Budget einzusetzen.

GR. Grünfeld beantragt die Herrichtung des Pavillons I im Lainzer Versorgungsheim, der noch nicht ganz eingerichtet ist, damit die Überzähligen aus den übrigen Pavillons vor allem die, die auf der Erde gehütet sind, eine menschenwürdige Unterkunft erhalten.

GR. Bermann schildert die furchtbaren Zustände von Wohnungen in mehreren Häusern der Leopoldstadt und stellt den Antrag: Die Gemeinde errichtet eine ständige Inspektion zum Zwecke der Überprüfung der Wohnungen auf ihre sanitären Verhältnisse.

GR. Marie Wielsch beantragt die Errichtung eines Kindergartens für die innere Leopoldstadt namentlich für das Volkertviertel, die Errichtung einer Tagesheimstätte für die Kinder der inneren Leopoldstadt im Augarten, die Errichtung einer Tagserholungsstätte in der Kriau für die Sommermonate und urgiert die Erledigung ihres Antrages auf Ueberlassung einer Wiese im Augarten für die Volks- und Bürgerschulen noch vor den Ferien.

GR. Gabriele Walte stellt den Antrag: Es sind eigene Schulpflegepersonen zu bestellen, welche den wechselseitigen Austausch der Beobachtungen und Erfahrungen über die Fürsorgebedürftigen zwischen Mitternachts-Fürsorgeanstalt und Schule zu vermitteln haben. Weiters beantragt sie die eheste Aufhebung des Eheverbotes für die städtischen Jugendfürsorgerinnen.

GR. Josefina Kurzbaue beantragt die Errichtung einer Frauenfürsorgestelle als Fortsetzung der Frauenhilfsaktion im Kriege und die Belassung der Armenanstalten solange, bis etwas Besseres als Ersatz geschaffen ist.

DR. Dr. Scheu bittet das Präsidium dringend, dass die Bezirksämter in welchen die Wohnungskommissäre amtieren so mit Personal dotiert werden, dass es möglich ist, dass die Wohnungskommissäre in ausgiebiger Weise ihre eminent wichtigen Aufgabe gerecht werden können.

Der Redner stellt ferner folgenden Antrag: Das Stadtbauamt wird beauftragt, in aller kürzester Zeit eine Novelle zur Bauordnung auszuarbeiten, durch welche noch vor Fertigstellung der neuen Bauordnung die allerdringendsten Abänderungen an der geltenden Bauordnung zur Erleichterung der Bauführung überhaupt und insbesondere zur Förderung des Kleinwohnbaus vorgenommen werden.

Schliesslich stellt der Redner den Antrag: Das Stadtbauamt wird beauftragt, das Detailprojekt für die Kriegerwohnhäuser auf der Schmelz derart umzugestalten, dass den Bedürfnissen der durch den Krieg in ihrer Gesundheit tief erschütterten Bevölkerung nach weiträumiger Wohnweise, Spielplätzen und Gartenanlagen in weitestem Masse entgegengekommen wird und die zur Ausführung gelangende Wohnhausgruppe als eine stadtbaulich in sich geschlossene Anlage konstruiert wird. Hiedurch soll jedoch die Fertigstellung der Anlage nicht hinausgeschoben werden. Der durch die Vereinfachung des Projektes erübrigende Rest des Kredites ist als erste Rate zur Schaffung einer Gartenstadtsiedlung im Weichbilde Wiens zu verwenden. Zur Gewinnung von geeigneten Projekten sind hervorragend qualifizierte individuell einzulandende Architekten heranzuziehen. Für die Schaffung der Gartenstadtsiedlung wäre die Gründung einer gemeinnützigen Baugesellschaft oder Genossenschaft unter finanzieller Beteiligung der Gemeinde Wien ins Auge zu fassen.

GR. Angermayer beantragt, da der geplante Bau eines Bezirksjugendamtes ~~stark~~ auch auf den Gründen des aufzugehenden Neumarktes im 15. Bezirk derzeit nicht gut möglich ist, das Stadtbauamt zu beauftragen die notwendigen Herstellungsarbeiten für den dort zu errichtenden Kinderspielplatz mit aller Beschleunigung durchzuführen, damit er der Benutzung übergeben werden kann. Der Antrag sieht auch die Errichtung einer Hütte zum Aufheben der Kleider vor.

GR. Dr. Plaschke beantragt auf den jetzt der Gemeinde gehörigen Gründen Links oder rechts in der Hauptallee etwa bei der Kriau oder am Sportplatz dem jüdisch-nationalen Sportklub "Makach" einen Platz zur Errichtung eines Sportplatzes zu überlassen.

GR. Tengler wünscht die Trennung der Wäscherei des Spitals und des Versorgungshauses, beantragt die Werkstätten aus dem Jubiläum-Spital in die in dessen Nähe befindliche der Gemeinde gehörigen Baracken zu verlegen, urgiert seinen früheren Antrag wegen Ausstellung von ermässigten Fahrkarten für die Pflinglinge im Versorgungshaus und ersucht den Bürgermeister dahin zu wirken, dass bei den seltenen Festen von goldenen Hochzeiten, die unter der früheren Majorität auch weiterhin Ehrengaben gespendet werden und dass bei der Feier ein Vertreter des Präsidiums oder aus dem Stadtrat teilnehmen soll. Diese alte Sitte soll nicht fallen gelassen werden.

Gruppe X - Kultusangelegenheiten.

GR. Schmitz sieht in der beantragten Streichung der Post von 23.000 K für die Frohleichnachtsfeierlichkeiten eine gröbliche und rücksichtslose Verletzung eines alten Gebrauches. Er bezeichnet den Betrag als/geringfügig, als dass er aus Ersparungsrücksichten gemacht werden müsse und weist darauf hin, dass auf der anderen Seite für die Vorarbeiten zur Errichtung eines Krematoriums ein grösserer Betrag eingesetzt sei. Er erklärt, dass seine Partei nicht gegen die Streichung der genannten Post stimmen werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schmitz abgelehnt und die Referentenanträge angenommen.

Gruppe XI (Unterrichtswesen)

GR. Schmölzler beantragt die Errichtung einer zweiten Bürgerschule im 11. Bezirk.

GR. Preyer ersucht den Bürgermeister, im Interesse der schulpflichtigen Jugend sich mit den in Betracht kommenden Staatsämtern ins Einvernehmen zu setzen, damit die Räume des Zivilmädchenpensionates in der Josefstadt Schulzwecken erhalten bleiben.

GR. Wawerka beantragt eine 100 %ige Erhöhung der verrechenbaren Schulpauschalien, sowie sie bei den Requisitionspauschalien bewilligt wurde.

GR. Unterfüller beantragt im Sinne der Ausgestaltung der Schulgärten den für diesen Zweck angesetzten Betrag von 7200 Kronen zu verdoppeln.

GR. Wawerka beantragt die Durchführung der notwendigen Vorarbeiten für die Anszahlung jener Bezüge, die den städtischen Lehrpersonen laut Gemeinderatsbeschluss vom 24. April d.J. gewährt worden sind, in Angriff genommen werden und dass die Gelder längstens bis 15. Juni ausbezahlt werden. Auch den Beamten und anderen Angestellten seien die neuen Bezüge bis zu diesem Tage flüssig zu machen.

GR. Dr. Pollak beantragt hinsichtlich der vom Schulerhalter zu tragenden Kosten des Religionunterrichtes zu bestimmen, dass alle Konfessionen in gleichen Ausmass zu berücksichtigen sind.

GR. Jorde beantragt einjährige Lehrkurse für die der Schule entwachsene Jugend (vierte Bürgerschulklasse) in jenen Bezirken zu errichten, wo nach Ermessen des Bezirksschulrates Bedürfnis nach diesen Kursen besteht.

GR. Rotter bemängelt die unzulänglichen Räume des Archivs und der städtischen Bibliothek, und verlangt für beide Anstalten grössere Räume zur Verfügung zu stellen. Dieser Kalamität wäre abzuhelfen, wenn die für Museumszwecke bestimmten 200.000 Kronen dazu verwandt würden, Teile des Belvederes, das für die Errichtung des städtischen Museums ins Auge gefasst wurde und schon als Museum benützt wurde, als Museumsräume herzurichten, um dort das Museum der Stadt Wien unterzubringen. Weitere ersucht er, in Hinkunft die Subvention des österreichischen Volkskundemuseums höher als mit 1200 Kronen zu bemessen.

GR. Gabriele Walter beantragt, dass für Schülerwanderungen und Ausflüge jeder Schule wöchentlich ein Sonerzug der Elektrischen zu ermässigten Preisen zur Verfügung gestellt werde.

Gruppe XII (Konkriptions- und Militärangelegenheiten)

GR. Thonner betont, dass es nicht angeht, dass in der grössten Stadtrepublik Deutschösterreichs noch immer Strassen- und Plätze nach Personen bezeichnet sind, die mitgchuldig an dem Kriege waren. Er verlangt insbesondere die Abänderung des Namens Kaiser Wilhelm Ring und bittet den Bürgermeister zu trachten, dass das Komitee zur Strassenamenänderung in kurzer Zeit einen Bericht dem Gemeinderate erstattet, damit diese Änderungen auch durchgeführt werden können.

Gruppe XIII (Allgemeines)

GR. Kopriva stellt den Antrag: In der Erwägung, dass die mangelhafte Kohlenzufuhr auch in weiterer Zukunft anhalten dürfte, ist die Bevölkerung Wiens im kommenden Winter hauptsächlich auf Holz als Brennstoff angewiesen. Um einer hohen Preissteigerung durch die privaten Unternehmungen vorzubeugen, beschliesst der Gemeinderat, eine Kommission, bestehend aus neun Mitgliedern zu wählen, welche die Vorarbeiten zur Kommunalisierung des gesamten Holzhandels zu treffen hat.

GR. Jorde betont, dass die Sozialdemokraten keine Bilderstürmer sind dass sie also die Denkmäler aus vergangenen Zeiten, soferne sie künstlerischen Wert haben, nicht beseitigen werden. Die Objekte der neuen Kunst werden allerdings nicht mehr die Helden des Schwertes sein, sondern die Geister der Menschheit und der Wissenschaft und der den Weg bereitenden schaffenden Kräfte des Volkes, und die Helden des Alltages. Er beantragt zur dauernden Erinnerung an die Novemberrevolution ein Denkmal erbauen zu lassen und zu diesem Zwecke einen künstlerischen Wettbewerb auszusprechen.

GR. Dr. Kienböck weist darauf hin, dass von seite der Gemeinde Wien es unterlassen worden sei, der Handelspolitischen Kommission das Nötige Augenmerk zuzuwenden und regt an, die Tätigkeit dieser Kommission, welche speziell für die künftigen Wirtschaftsfragen von eminenter Bedeutung sei, ehestens wieder aufzunehmen.

GR. Käthe Königstätter führt Klage über die Kriegsküchen und beantragt ein gemeinderätliches Komitee einzusetzen, das die ständige Kontrolle der Kriegsküchen durchzuführen und die in diesem herrschenden Uebelstände abzuschaffen hätte.

GR. Dr. Schen schliesst sich den Ausführungen der Vorrätnerin an und betont, dass das Kuratorium zur Ausspeisung bedürftiger Kinder schlechter mit Lebensmittel beliefert werde, als die Kriegsküchen und bemängelt es auch, dass das Kuratorium bei der amerikanischen Hilfsaktion übergangen worden sei.

VB. Hogg bemerkt hiezu, dass Bürgermeister Dr. Weiktröhner Präsident dieses Kuratoriums war.

Damit ist Gruppe XIII und somit sämtliche Gruppen des Budgets erledigt. Die im Laufe der Debatte von den einzelnen Rednern gestellten Anträge wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Zum Schluss bringt der Referent StR. Breitner noch Bilanz und Bedeckung zur Kenntnis, welche sich folgendermassen darstellen:

Das Gesamterfordernis beträgt 820,072.610 K,
 hiervon entfallen auf die ordentlichen Ausgaben K 500,205.470,
 " ausser- " " " 327,867.140.
 Die eigenen Einnahmen stellen sich auf K 216,432.720,
 Hierunter ordentliche Einnahmen K 172,478.970,
 ausserordentliche Einnahmen K 43,953.750.
 Das durch die eigenen Einnahmen nicht bedeckte Nettoerfordernis beträgt K 611,639.890.
 Hievon sind durch Umlagen und in anderer Weise zu bedecken:
 Für ordentliche Zwecke K 327,726.500,
 für ausserordentliche Zwecke K 283,913.390.

Die Erträge aus den städtischen Umlagen belaufen sich auf 100,491.440K
 Aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1902 zur Bedeckung der für Finanzprogrammässige Zwecke für das Verwaltungsjahr 1919/20 veranschlagten Kosten K 593.900
 Aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1908 " 8,716.130
 Aus dem Investitionsanlehen vom Jahre 1914 " 94,215.400
 Aus der Abschreibungsrücklage der städtischen Elektrizitätswerke " 6,500.000
 Aus dem von der Kommission für Verkehrsanlagen der Gemeinde geleisteten einmaligen Pauschalbeiträge von 250.000 K " 10.000
 Aus dem von der Kommission für Verkehrsanlagen der Gemeinde aus den Ersparnissen des Anlehen der Verkehrskommission zur Verfügung gestellten Beträge von K 2,500.000 K 15.000
 Es ergibt sich sonach ein Abgang von 401,098.020 Kronen und zwar für ordentliche Zwecke K 227,335.060 und für ausserordentliche Zwecke 173,862.960.
 Dieser Abgang soll bedeckt werden:
 1. Bei der ordentlichen Gebahrung
 a) durch die vom Staatsamte der Finanzen zugesagte Ueberweisung jenes Teiles des Ertrages der Wiener Hauszinssteuer, der sich als Unterschied zwischen einer 20 %igen und 26 2/3 %igen Steuer ergibt, rund K 24,000.000
 b) durch die gleichfalls zugesagte Ueberweisung des Ertrages der Wiener Verzehrungssteuer, rund " 12.000.000
 c) durch die Erhöhung der Markt- und Schlachtgebühren mit einem Betrage von rund K 3,000.000
 d) durch die Erhöhung der Bädergebühren " 1,000.000
 e) durch die Einführung einer Steuer vom gemeinden Werte von Liegenschaften, einer Abgabe für Kraftfahrzeuge, sowie andere Luxusabgaben, dann durch die Erhöhung der Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften rund " 23,000.000
 2. Bei der ausserordentlichen Gebahrung:
 a) durch die vom Staatsamte der Finanzen zugesagte einmalige Pauschalüberweisung für die der Gemeinde Wien aus Anlass des Krieges erwachsenen besonderen Ausgaben " 140,000.000
 3. Zur Beschaffung des Restes von rund 198,000.000 ist eine Kreditoperation vorzunehmen.
 Bilanz und Bedeckung werden ohne Debatte zur Kenntnis genommen, womit die Budgetberatung erledigt ist.

Bgm. Neumann, der den Vorsitz übernommen hat, sagt sodann folgendes:
Es drängt mich am Schlusse der Verhandlungen über den Hauptvoranschlag dem Gemeinderat ohne Unterschied der Partei den wärmsten und innigsten Dank für die sachliche Behandlung auszusprechen, die dem Hauptvoranschlag zuteil wurde. Der Haushalt der Gemeinde für das Jahr 1919/1920 ist sichergestellt, soweit unter den gegenwärtigen Verhältnissen von einer Sicherstellung gesprochen werden kann. Wir haben uns bemüht, es dahin zu bringen dass auch vom Staate anerkannt wird, dass von ihm ein Teil jener gewaltigen Auslagen, welche der Kriegsverursachte, der Gemeinde ersetzt werden. Ich danke allen jenen Herren, welche mich in diesem Bemühen, das der Staat seine Pflichten gegenüber der Gemeinde anerkennt, in so wirksamer Weise unterstützt haben, ich danke den Vize-Bürgermeistern, dem Herrn Stadtrat Dr. Kienböck und allen jenen Herren, welche einen Anteil an dem Erfolge haben. Ich würde eine Unterlassung begehen, wenn ich nicht der ausserordentlichen Dienste gedenken würde, die von unseren Beamten geleistet wurden. Ich danke insbesondere dem Herrn Magistrats-Rat Dr. Hartl, welcher sich in ganz hervorragender Weise in den Dienst der Sache gestellt hat und am Vereine mit den anderen Herren es zuwege gebracht und in kurzer Zeit ermöglicht hat, den Voranschlag fertig zu bringen. Der gesamte Gemeinderat bedauert, dass ein Teil wichtiger Arbeiten zurückgestellt werden musste. Wir haben aber vor allem die Pflicht, das Gleichgewicht im Haushalte herzustellen, wenn uns diese Aufgabe gelingt, steht es uns noch immer frei, das nachzuhüten. Ich bin überzeugt, dass durch fleissige Arbeit es uns gelingen wird, - wenn es möglich ist, dass die Arbeit des Gemeinderates einen ungestörten Verlauf nehmen werden, die schwierige Situation, in der sich die Gemeinde gegenwärtig befindet, zu überwinden. Ich glaube, dass es mit vereinten Kräften gelingen wird, den Weg zu einer besseren Zukunft zu finden. Den besten Dank spreche ich schliesslich unserem Berichterstatter dem Herrn Stadtrat Breitner aus. (Lebhafter Beifall).

Es wird hierauf an die Erledigung der übrigen Tagesordnung geschritten.
Nach einem Berichtes des StR. Iser wird ein Gemeinderatsbeschluss, wegen Auflassung eines Teiles der Sebastian Kohl Casse im 21. Bezirk abgeändert.

StR. Hellmann legt die Gesetzentwürfe, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes und die Entlohnung des Religionsunterrichtes vor. Der Referent betont, dass die Angelegenheit bereits einmal vom Gemeinderate beschlossen wurde, dass aber das Staatsamt für Unterricht dagegen Einspruch erhoben hat, weil die Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrstandes in die Kompetenz der Landtage fallen. Es wurde der Beschluss des Gemeinderates nunmehr in Paragrafen gefasst. Als Neuerungen gegenüber dem letzten Gemeinderatsbeschluss erscheinen die Aufnahme der Speziallehrer der Hilfsschulen (Blinden und Taubstummenlehrer etc.) in dieses Gesetz, sowie eine Regelung des Ausmasses der Ueberstunden an Brürgerschulen und für nichtobligate Lehrgegenstände, sowie über die Besoldung der Religionslehrer.

GR. Rummelhardt begrüsst die Vorlage, wünscht deren rasche Erledigung und betont, dass ein Passus aus dem alten Gesetz übernommen wurde, der auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr passt, indem die Worte „eines der ehemals im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“ im § 2 enthalten ist. Er beantragt, diese Worte zu streichen und an deren Stelle zu setzen: „In dem im Gesetze vom 22. November 1918 S.G.Bl. No 40 und in der Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 3. Jänner 1919 S.G.Bl. No 4 bezeichnetem Gebiete“.

Der Referent erklärt in seinen Schlussworten, gegen diese Aenderung nichts einzuwenden, worauf die Gesetzentwürfe mit der von GR. Rummelhardt beantragten Abänderung zum Beschlusse erhoben wrden.

GR. Dr. Fritz Winter berichtet über die bereits bekannte Erhöhung der Jagdkartentaxen.

GR. Biber bemängelt es, dass bei der vorliegenden Vorlage nicht mit der entsprechenden Fachkenntnis vorgegangen worden ist. Es sei notwendig, einen Unterschied zwischen den Jagdherrn und den Jägern zu machen und zu den Jägern gehören ja auch Leute des Mittelstandes, Kleingewerbetreibende und auch Arbeiter. Die reichen Jagdherrn werden durch die Annahme der Vorlage nicht getroffen. Er stellt den Antrag, die Vorlage zwecks besserer Beratung an den Stadtrat zurückzuweisen.

GR. Dr. Fritz Winter spricht sich gegen die Rückverweisung aus und werden seine Anträge nach seinem Schlussworte angenommen.

Ueber Antrag des StR. Schnitz wird die Baubewilligung für die Errichtung des zur Aufstellung der Oel-Rück-Kühlanlage bei der Transformatorstation Pottendorferstrasse notwendigen Hauses.

GR. Bombek berichtet über die Herstellung einer Wasserleitung zu den Gemeinden Wiesengründen auf der Simmeringer Halde, die bereits im Vorjahre begonnen, aber infolge der politischen Ereignisse unterbrochen werden musste und beantragt, das Mehrerfordernis von 7000 K zu genehmigen.

GR. Rochak beantragt zur Ermöglichung der besseren Versorgung mit Wasser, der in der Haufgasse liegenden Einfamilienhäusern einen Anschluss vom Laaerberg herzustellen.

Der Referentenatrag wird sodann angenommen.

+ + +

Entfallender Empfang. Am Montag entfällt der übliche Empfang bei Bürgermeister Neumann.

StR. Kokrda berichtet über die Erhöhung der Markt- und Schlachtgebühren. (Angenommen).

Nach einem Berichte des StR. Biber werden die Mehrkosten für die Umpflasterung eines Teiles des Wiedner Gürtels im Betrage von 24.000 Kronen genehmigt.

StR- Schorsch berichtet über die unentgeltliche Beförderung der Stadtschutzwache auf der Strassenbahn.

Die Anträge des Stadtrates werden angenommen

Nach einem Berichte des StR. Schorsch wird der Gemeinde-ratsbeschluss betreffend den Zuschuss zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung dahin ergänzt, dass dieser für männliche Arbeitslose über 18 Jahre in besonders berücksichtigungswerten Fällen auch dann berücksichtigt werden kann, wenn die betreffenden Arbeitslosen im gemeinsamen Haushalte mit Familienangehörigen oder Fremden Personen leben, die nicht ~~sie~~ selbst als Arbeitslose bereits im Genusse des Gemeindegeldzuschusses für Familienerhalter im Betrage von 3 K täglich stehen.

GR. Siegel berichtet über die Uebernahme der Räumung der Strassenwassereinlaufschächte und Sinkkästen ab 1. Juli 1. J. im Eigenbetrieb der Gemeinde. Hiefür werden 70 Strassenarbeiterstellen neu systemisiert. Seine Anträge wurden angenommen.

GR. Siegel beantragt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im II. und XIII. Bezirke Rohrlegungen für die Hochquellenleitung vornehmen zu lassen, die ein Gesamterfordernis von 1,558.597 K ausmachen.

Die Anträge wurden angenommen.

GR. Siegel beantragt die Bewilligung die Gesamtkosten im Betrage von 205.902 K für den Kanalbau am äusseren Währinger-Gürtel und in der Klettenhofergasse. Die Anträge werden angenommen.

GR. Speiser berichtet über die unentgeltliche Ueberlassung von Räumen der Amtshäuser für die Lebensmittelabbestellen des Verbandes der Angestellten. Nach seinen Anträgen werden die geeigneten Räume dem Verbands gegen jederzeitigen Widerruf zur Verfügung gestellt.

GR. Speiser beantragt für freiwillige Jugendfürsorge für Zwecke der Erholungsfürsorge Räume im II. Stock des Amtshauses des 12. Bezirkes samt freier Beheizung u. s. w. gegen vierteljährige Kündigungsfrist zu überlassen.

GR. Müller Josef beantragt die Bedingung der 1/4 jährigen Kündigung zu streichen und an dessen Stelle die Bedingung bis auf Widerruf zu setzen.

Der Referentantrag sowie der Zusatzantrag Müller wurden angenommen. Hierauf wurden eine Reihe von Wahlen vorgenommen.

GR. Emmerling: Die für Montag angesetzte Gemeinderats-sitzung findet nicht statt. Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, schliesse ich die Sitzung.
